

Änderungsantrag

der Abgeordneten Schulte (Menden), Senfft und der Fraktion DIE GRÜNEN

**zur zweiten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines
Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Ausbau der
Bundesfernstraßen – 3. FStrAbÄndG –
— Drucksachen 10/4389, 10/4734 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

Zu Artikel 1:

Der Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen wird wie folgt geändert:

Die B 256, OU Marienheide, OU Gummersbach und OU Derschlag, wird aus dem Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen gestrichen.

Bonn, den 29. Januar 1986

Schulte (Menden)

Senfft

Hönes, Schmidt (Hamburg-Neustadt) und Fraktion

Begründung

1. Per Kreistagsbeschluß des Oberbergischen Kreises im Frühjahr 1985 wurde die geplante B 256 n mehrheitlich abgelehnt. Die abgelehnte Trasse der B 256 n ist identisch mit den im Bedarfsplan aufgeführten, aneinandergereihten Ortsumgehungen.
2. Die örtlichen Kommunalpolitiker der betroffenen Gemeinden und des Kreises haben sich erst nach mehrjähriger Diskussion und Auseinandersetzung mit Naturschützern und Bürgern gegen den Bau dieser Straße mehrheitlich ausgesprochen. Begründung: Die aufwendige Trasse ist aus ökologischen, landschaftsschützerischen Gesichtspunkten nicht mehr vertretbar.

Es ist angesichts dieser Willensbekundung auf kommunaler Ebene nicht einsehbar, daß der Region diese landschaftszerstörende Straße nun durch den Bundesverkehrsminister beschert werden soll.

3. Parallel zu den „Planungen“ zur B 256 stehen die Stilllegungen der Bundesbahn auf der gleichen Ortsachse, so daß künstlich Argumente für den Individualverkehr geschaffen wurden. Hier muß die Bundesbahn aufgefordert werden, ihrem Personenbeförderungsauftrag nachzukommen, um solche ökologisch und volkswirtschaftlich schädlichen Straßenbauvorhaben unnötig zu machen.
4. Das für den Fernstraßenbau vorgesehene Investitionsvolumen im Bundesverkehrswegeplan '85 ist zu verringern um die im Gesetzentwurf für das genannte Projekt angesetzten Mittel.

Die Einsparungen werden für Investitionen bei der Deutschen Bundesbahn (insbesondere zur Modernisierung von Nah- und Regionalverkehrsstrecken) und für Investitionszuschüsse zu den Bereichen ÖPNV und Verkehrsberuhigung verwandt.